

In diesen Tagen

ist an den 25. Februar 1947 zu erinnern. Das ist das Datum, an welchem vor 71 Jahren das Kontrollratsgesetz Nummer 46 in Berlin ausgefertigt wurde. Darin heißt es :

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Alle Lügen und Unaufrichtigkeiten, Scheinheiligkeiten, Kriegsverbrechen und Selbstgefälligkeiten der Sieger seien einmal zur Seite gestellt. Die Einzelvorkommnisse, welche den Ausbruch der beiden Weltkriege **veranlassten**, sind in diesem einem Satz zu dem eigentlichen **Kriegsgrund** gebündelt. **Nieder mit Preußen! Weg mit Deutschland, diesem Musterknaben im europäischen Klassenzimmer. Schmeißt ihn raus.**

In diesem Satz bündelt sich auch ja wohl die seitherige Deutschlandpolitik unserer angeblich zu Freunden gewordenen Feinde. Auch heute gehen wir unseren „Freunden“ mit dem auf die Nerven, was noch an Preußen in uns steckt. Noch immer sind wir zu wenig korrupt, trotz großer Fortschritte in diesem Metier; immer noch sind wir nicht so faul und luschtig wie manche uns gerne hätten; trotz steten Rückbaus unseres Rechtsstaats sind wir immer noch zu sehr darauf fixiert, dass Recht und Verträge eingehalten werden. Aber wir sind auf gutem Wege.

Ach hätten wir doch nur etwas mehr Preußen behalten!

I. Preußen wurde im Rahmen von **Recht und Verfassung** regiert. **D a s k a n n m a n v o n D e u t s c h l a n d s e i t d e m A m t s a n t r i t t v o n M e r k e l l e i d e r n i c h t m e h r b e h a u p t e n !**

Oft Gesagtes (Energiewende, Abschaffung der Wehrpflicht, deutsche Verpflichtungen in EU, Migrantenpolitik) muss nicht wiederholt werden – aber unsere Dauerkanzlerin kümmert sich um Verfassung, Recht und Parlament herzlich wenig. **Und das Parlament lässt das zu!** Die Behörden wenden (z.B. Asylpolitik) Gesetze einfach nicht an, wenn es politisch nicht passt. Niemand sagt was! **Das war in Preußen anders.** Rechtsstaat bedeutet nämlich, dass der Staat seine Gesetze auch dann anwendet, wenn sie der jeweiligen Regierung politisch nicht mehr ins Konzept passen. Unter Kaiser Wilhelm II hatten wir mit dem **Reichstag** aber auch ein selbstbewusstes Parlament. Darin saßen Menschen, die im Leben etwas geleistet hatten, auch Wissenschaftler von Weltruf wie Rudolf Virchow, Max Weber ua . Und wer sitzt da heute? Wer von den fast 800 Abgeordneten hat außer seiner Parteikarriere eine Lebensleistung erbracht? Die Mehrheit der Abgeordneten bezieht als Diäten ein Gehalt, das weit oberhalb dessen liegt, was die meisten in einem ihnen zugänglichen Beruf je hätten erreichen können!

II. Die **Bundestagswahl** liegt fast ein halbes Jahr zurück. Mit Müh und Not ist nun ein Koalitionsvertrag zustande gekommen. Jetzt müssen noch die Mitgliederbefragungen durchgeführt werden. Wir hoffen, dass nach so viel Geburtswehen eine Regierung und nicht wie zu befürchten eine lächerliche Maus (vgl. Horaz: *parturiunt montes....*) geboren wird. Darüber vergessen wir aber, dass die ganze Verfahrensweise **verfassungsrechtlich eigentlich recht fragwürdig** ist.

Da stellt sich zunächst die Frage: **Wo im Grundgesetz steht eigentlich etwas von einem Koalitionsvertrag?** Ist so ein Ding denn nicht eigentlich verfassungswidrig? Dabei liegt nach meiner Meinung das (anscheinend aber überhaupt niemals thematisierte) Hauptproblem darin, dass am Koalitionsvertrag Leute wie Seehofer oder Laschet ua mitwirken, die dem Bundestag gar nicht angehören. Mit demselben Recht könnte man doch gleich **Mario Draghi, den griechischen Finanzminister oder einen „Leistungskommissar“ der EU in den Koalitionsausschuss berufen!** Dann wüssten wir Deutschen jedenfalls gleich, wann und wieviel wir an wen zahlen sollen. **Ganz ernsthaft:** In den Bundestag kann nur gewählt werden, wer Deutscher ist. Das „Koalitionsvertragsberatungsgremium“ aber ist eine freie Erfindung der Parteien. Da dürfte jeder rein! Im Grundgesetz steht, dass die Abgeordneten an keine Weisungen gebunden sind. Der Koalitionsvertrag aber sagt es anders. Zwar theoretisch kann ein Abgeordneter anders stimmen. Aber wer das tut, wird schon sehen!

Wirklich verfassungswidrig ist, was die SPD uns vorspielt. Erstens: Die SPD-Bundestagsfraktion bindet sich an einen Mitgliederentscheid. Die Bundestagsabgeordneten sind aber Abgeordnete des deutschen Volkes, nicht der Partei. Zweitens: Das Grundgesetz will eine Repräsentativdemokratie. **Was SPD uns also vorspielt ist eine Form des imperativen Mandats.** Es ist zu hoffen, dass die SPD entweder zur Besinnung kommt oder das nächste Mal aus dem Bundestag entfernt wird.

III. Es finden sich Im Koalitionsvertrag viele richtige und bedenkenswerte Vorstellungen zur Entwicklung und Gestaltung unseres Staates. Aber das Wichtigste fehlt. Eine Predigt ohne Bezug auf Gott als den Grund des Ganzen, verfehlt ihren Zweck, und sei sie voller noch so kluger Gedanken. Ein Koalitionsvertrag, ein Regierungsprogramm, ohne **Bekenntnis zum deutschen Volk und Vaterland** – was soll das? Man muss zwar nicht *à la française* ständig von *gloire* und *la France éternelle* reden – das tat man in Preußen auch nicht. Wenn aber hinter allen Forderungen nach Digitalisierung, Exzellenz - Clustern usw. auch nicht ein einziges Mal das Bekenntnis Wunsch durchleuchtet, etwas für Deutschland leisten zu wollen, weil es unser Vaterland ist, dann ...ja dann **sehne ich mich nach Preußen und einem Mann wie York von Wartenburg**, falls noch jemand wissen sollte, wer das war.

Ergebnis

Preußen ist nicht mehr. Damit haben wir am Ende mehr verloren als die beiden Kriege, und wir sind heute dabei, das Kriegsziel unserer Gegner von 1914 ff , Deutschland nicht nur politisch sondern auch seelischen zu erledigen, endgültig zu verwirklichen.

M.A.

25.2.2018